

Im Klartext

Informationen zur Sozialen Marktwirtschaft

MÄRZ 2014

In eigener Sache

Seit dem Jahr 1992 wendet sich die Ludwig-Erhard-Stiftung mit einer eigenen Publikation – vorrangig, aber nicht nur – an junge Erwachsene, das heißt an Oberstufenschüler und Studierende in den ersten Semestern. Ziel ist es, über bedenkenswerte Themen zu informieren und Zusammenhänge aufzudecken – gelegentlich auch über Sachverhalte, die in der „großen“ Politik eher am Rande behandelt werden. Die Soziale Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard ist dabei der rote Faden der Beiträge, seien sie zu aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, zu ordnungspolitischen Grundsätzen und historischen Wurzeln oder aus der Feder der Mitstreiter für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung.

Dieses Ziel wurde bereits in der ersten Im-Klartext-Ausgabe vorgegeben: „Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Chance für uns alle. Sie ist keine bloße Theorie, sondern die gesellschaftliche Ordnung, die der demokratischen Verfassung entspricht. Ihre Grundlagen sind Freiheit, Selbstverantwortung, Freizügigkeit, Wettbewerb und staatliche Rahmenbedingungen, die Machtmissbrauch und sorglosen Umgang mit Rohstoffen und Gütern ausschließen. Marktwirtschaftliche Prinzipien garantieren, dass die Machtbalance zwischen gesellschaftlichen Gruppen gewahrt wird und größtmöglicher Wohlstand für alle entsteht. Dieser Wohlstand ist aber nicht Selbstzweck, sondern Basis für sinnvolles Leben, Kultur und Umweltschutz. Nur unter den Bedingungen wirtschaftlichen Wohlergehens können sozialer Frieden, Toleranz sowie Rücksichtnahme verwirklicht und Neid, Hass und Missgunst vermieden werden. Es ist das Anliegen dieser Reihe, die Funktion der Sozialen Marktwirtschaft darzustellen.“

Inwieweit Im Klartext dem Anliegen gerecht wird, können letztlich nur die Leserinnen und Leser entscheiden. Ein erstes Bild ergibt sich aus den – sehr willkommenen – Rückmeldungen und Nachfragen der vergangenen Jahre. Für einen detaillierteren Überblick möchten wir ausdrücklich um die Meinung möglichst vieler Abonnenten bitten, um Ihre persönliche Stellungnahme: Schreiben Sie uns, wie Ihnen unser monatlicher Infobrief gefällt, wie und wozu Sie ihn verwenden und welche Anregungen Sie uns für die Zukunft mitgeben möchten. Die Kontaktdaten für E-Mails, Briefe oder Faxe finden Sie – wie gewohnt – im Impressum auf der Rückseite.

Die Redaktion

Zahl der Stellenangebote gestiegen

Eine anhaltend hohe Personalnachfrage in den Unternehmen führt dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) zufolge zu einem Beschäftigungsaufbau in Deutschland. Dabei lasse sich vor allem eine Fortsetzung der Arbeitsmarkterholung in Ostdeutschland erkennen. Mit 187 900 offenen Stellen wurde im vierten Quartal 2013 der höchste Stand seit sechs Jahren erreicht. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal entsprach das einem Zuwachs von 13 400 Stellen. In Westdeutschland lag die Zahl der offenen Stellen um 6 600 über dem Niveau des vierten Quartals 2012. In Deutschland insgesamt zählten die IAB-Experten mehr als eine Million Stellenangebote für den ersten Arbeitsmarkt. Rund 75 Prozent der angebotenen Arbeits-

plätze sollten möglichst sofort besetzt werden.

Im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe sind die offenen Stellen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal deutlich gestiegen: im Verarbeitenden Gewerbe um rund 20 Prozent, im Baugewerbe sogar um mehr als 50 Prozent. In den Wirtschaftszweigen „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ sowie „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ ging das Stellenangebot dagegen um mehr als ein Drittel zurück.

Das IAB erfasst mit einer repräsentativen Betriebsbefragung quartalsweise das gesamte Stellenangebot, also auch jene Stellen, die den Arbeitsagenturen nicht gemeldet werden. ■

<http://goo.gl/br7ucl>

Neue Kohle gesucht

Möglicherweise brechen die letzten Jahre der Steinkohleförderung in Deutschland an. International gesehen ist die deutsche Steinkohle nicht wettbewerbsfähig. Der Grund dafür ist, dass die Steinkohle in Deutschland unter extremen Bedingungen gefördert wird und mit 160 € je Tonne mehr als doppelt so teuer ist wie importierte Steinkohle. Durch Subventionierung des Steinkohlebergbaus wurde über Jahrzehnte versucht, diese Preisdifferenz auszugleichen. Mit dem Ende der Förderung fallen die bisherigen Subventionen weg. Der 24. Subventionsbericht der Bundesregierung wies für 2013 rund 1,3 Milliarden Euro aus der Bundeskasse aus, weitere 420 Millionen Euro steu-

erte der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen bei.

Ende 2017 wird die Ära des Bergbaus mit der Schließung der letzten Bergwerke (Bottrop, Ibbenbüren, Marl) voraussichtlich beendet sein. Da überrascht nicht, dass Vertreter dieses Industriezweiges nach neuen Geschäftsfeldern für die Zeit danach suchen. Ein solches Betätigungsfeld hat Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industrie-Gewerkschaft Bergbau Chemie Energie (IG BCE), vorgeschlagen. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien würden Steinkohle-Kraftwerke für die Betreiber zunehmend unrentabel. Doch auch nach der Energiewende bräuhete es konventionelle Kraftwerke, um Ver- ▶



LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG BONN

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

► sorgungslücken und Schwankungen im Netz auszugleichen.

Der Gewerkschaftsvorsitzende plädiert deshalb für die Gründung einer deutschen Kraftwerksunion. In diese Institution in Form einer Aktiengesellschaft sollen Konzerne wie ENBW, E.ON, RWE, Steag und Vattenfall ihre Steinkohlekraftwerke einbringen und unter einem Dach gemeinsam wirtschaften. Vorteil laut IG BCE: Die Kraftwerksunion hätte das betriebswirtschaftliche Interesse, nur die effizientesten Kraftwerke einzusetzen. Das senke Kosten. Damit es nicht zu sozialen und lokalen Spannungen führt, wenn Kraftwerke als unrentabel auf der Strecke bleiben, soll auch der Staat in die Union einsteigen, um gegebenenfalls Verwerfungen abzufangen. Der mit der Energiewende langfristig geplante Abbau der konventionellen Verstromung sei mit einer nationalen Gesellschaft leichter zu organisieren als mit konkurrierenden Unternehmen.

Vorbild sei die Gründung der Deutschen Ruhrkohle AG 1968. Damals schlossen sich 23 Bergwerksunternehmen mit ihren Zechen zusammen, um den sich abzeichnenden Strukturwandel zu organisieren.

Die Kraftwerksunion sollte 28 bis 30 GW Kraftwerksleistung vorhalten, das entspricht ungefähr der Leistung von 30 großen Steinkohlekraftwerken. Die künftig hauptsächlich als Reserve, Stichwort Kapazitätsmarkt, eingesetzten Kraftwerke müssten dann nur noch betriebsbereit gehalten werden.

Die Energiewende treibt weiterhin seltsame Blüten: Ein Reservekraftwerke-Monopol und staatliche Subventionierung – auf Wettbewerb und Marktwirtschaft wird wohl endgültig verzichtet. ■

<http://goo.gl/HlERo7>

Was ist sozial an der Marktwirtschaft?

Um das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft wird immer wieder diskutiert. Viele sind überzeugt, dass dringend zum Leben Notwendiges, Wohnen und Essen zum Beispiel, nicht „dem Markt“ überlassen bleiben dürfte. Doch manch soziale Korrektur ist nur vermeintlich sozial – diese Erkenntnis aus dem Jahr 1978 gilt uneingeschränkt.

Was das Konzept einer „Marktwirtschaft“ für die Produktionssteuerung bedeutet, ist zumindest ihren Verfechtern leidlich klar. Man weiß, welches Verfahren der Steuerung damit gemeint ist, eben das durch den Endverbraucher und das freie Spiel der Preise. Wie aber steht es mit dem Konzept des „Sozialen“, wenn wir von Sozialer Marktwirtschaft reden? Hier besteht im Grunde seit Langem ein Defekt – um es modisch auszudrücken: ein Programmdefizit.

Das Defizit war in der ersten stürmischen Wiederaufbauzeit des Wirtschaftswunders vor lauter angenehmer Überraschung über das materiell Erreichte nicht spürbar geworden. Es blieb in der darauf folgenden Epoche eifriger Reformen vor lauter Traumseligkeit unbeachtet. Erst jetzt, wo es gilt, den erreichten sehr hohen Wohlstand zu sichern, und wo uns mancherlei Sorge dazu zwingt, all das in den Aufschwüngen Angewachsene ganz nüchtern zu überprüfen, tritt dieses Defizit immer deutlicher zutage.

Das Programmdefizit: Es ist selbst dreißig Jahre nach dem Start in eine Soziale Marktwirtschaft den zur Lösung sozialer Probleme Engagierten immer noch viel zu wenig bewusst, welche Verfahren man anzuwenden hat, wenn man in einer freiheitlichen Wirtschaft sicherstellen will, dass das sozial Erstrebte auch tatsächlich erreicht wird.

Unübersichtlichkeit im sozialen Bereich

Anders ausgedrückt: Im Katechismus der Sozialen Marktwirtschaft ist das erste Hauptstück „Marktwirtschaft“ leidlich übersichtlich, gut lern- und anwendbar artikuliert. Im zweiten Hauptstück „Sozial“ aber, in der Lehre, wie man Sozialem in der Marktwirtschaft Rechnung zu tragen hat, fehlt es an ähnlich prägnanter Artikulation.

Es ist höchste Zeit, dem abzuweichen. Es ist höchste Zeit, für jeden deutlich herauszustellen, wie die besonderen Aufgaben des sozialen Ausgleichs in unsere Marktwirtschaft systematisch bündig einzubauen sind. Mit der Formel des Subsidiaritätsprinzips „so viel Privatinitiative wie möglich, so viel Staat wie nötig“ ist es nicht getan. Wir brauchen eine präzisere Bestimmung der tauglichen Verfahren.

Die geschilderte Unsicherheit im Konzeptionellen spiegelt sich in der faktischen Entwicklung. Die große Reform unserer Wirtschaftsordnung zu einem in sich kompatiblen System der Sozialen Marktwirtschaft ist erst im Bereich der Produktionsorganisation leidlich vollzogen. Im Bereich des Sozialen aber herrscht eine beträchtliche Unübersichtlichkeit der Instrumente und Effekte. Wir begegnen an Instrumenten erstens der Figur von Sonderpreisen für Bedürftige, das heißt Verbilligungen auf der

einen Seite oder Aufschläge auf den Lohn auf der anderen Seite.

Wir begegnen zweitens – von Krankenhäusern und Altersheimen über Schwimmbäder bis zum Sozialwohnungsbau und der Industrieansiedlung in schwächeren Gebieten – der Figur der hohen Direktzuschüsse an Produzenten, an Rechtsträger, die sozial besonders Benötigtes produzieren, ohne dass die Effizienz dieses Mitteleinsatzes im Hinblick auf den beabsichtigten sozialen Zweck auch nur einigermaßen gesichert wäre. Außerdem werden da unter den verschiedensten Namen allenthalben Steuern und andere Geldabgaben gezahlt, Beihilfen und andere Geldleistungen der verschiedensten Art von Bedürftigen bezogen; es besteht also ein reich gegliederter Apparat des gezielten interpersonellen Finanzausgleichs.

Zusammengefasst: Sonderpreise hier, Produzentensubventionen dort, und außerdem gleich mehrere Systeme des interpersonellen Finanzausgleichs – die Unübersichtlichkeit hat besorgniserregende Grade erreicht.

Wettlauf findiger Schnorrer

Und der Effekt? Lange Zeit pries man Marktwirtschaft als das System, das den Unternehmer prämiert, der die Bedarfe der Verbraucher am besten vorzuschätzen vermochte, der seinen Betrieb am sparsamsten zu organisieren und die jeweils zukunfts-



„Wenn wir eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf Dauer aufrechterhalten wollen, ist es ein Grunderfordernis, neben einer Wirtschaftspolitik, die dem Menschen wieder zu seiner persönlichen Freiheit verholfen hat, auch eine gleichermaßen freiheitliche Sozialpolitik zu betreiben.“

Ludwig Erhard

trächtigsten Verfahren aufzuspüren vermochte. Man pries Marktwirtschaft als das System, das den Arbeiter und Angestellten prämiert, der sich am tüchtigsten auch neuen technologischen Herausforderungen gewachsen zeigt.

Inzwischen droht wegen der Unübersichtlichkeit dieser diversen Sozialmaßnahmen aus der Marktwirtschaft ein System zu werden, das dem die höchsten Prämien zuschanzt, der sich am fleißigsten durch den Dschungel sozial wohlgemeiner Sondergesetze durcharbeitet und sie am raffiniertesten auszunutzen versteht. Kurz, es droht die Gefahr: Am höchsten prämiert wird am Ende nicht mehr der tüchtige Pionier, sondern der findigste und skrupelloseste Schnorrer.

Daher sollten wir es auch hier ähnlich überlegen: Was wäre denn das Systemkonforme? Anders ausgedrückt: Schluss mit dem Wettlauf zwischen den findigen Schnorrern auf der einen und den notorisch nachhinkenden Paragraphen-Produzenten auf der anderen Seite. Die Zeit ist wahrlich reif für entschlossene Schritte zur umsichtig systemverbessernden Fundamental-Korrektur. Wir brauchen eine absolut klare Funktionsteilung zwischen den Aufgaben des Systems der Preise und den Aufgaben des interpersonellen Finanzausgleichs.

Das Preissystem hat in dieser Konzeption ausschließlich die Aufgabe, den Produktionsprozess zu steuern. Nur so bleibt leidlich gesichert, dass das produziert wird, was in der täglichen Urabstimmung aller Verbraucher sich kraft ihrer Bereitschaft, dafür ihr wertvolles Geld herzugeben, als das erweist, was ihren Bedürfnissen tatsächlich am ehesten entspricht.

Soziale Korrekturen? Ja, aber...

Die unbedingt erforderlichen sozialen Korrekturen der aus dem Produktionsprozess zunächst resultierenden Einkommensverteilung aber sollten tunlichst nur die Form direkter Geldübertragungen, also offener Transfers, aufweisen. Soziale Korrekturen sollten nicht dem System der Preise, sondern dem des interpersonellen Finanzausgleichs anvertraut werden. Nur so bleibt das Umverteilungsproblem überschaubar und politisch vertretbar. Nur so erhalten die Begünstigten, also die Kranken, Alten und andere Bedürftige, außer einem höheren Realeinkommen zugleich auch als mündige Bürger die Freiheit, individuell selbst zu entscheiden, wofür sie es verwenden wollen. Nur so bleibt es ihnen erspart, dass Bürokratie entscheidet, was für die Bürger gut sein soll. Nur so werden die Stimmgewichte der Schwächeren in der Abstimmung über die Produktionsstruktur tatsächlich erhöht. Nur so bleibt leidlich gesichert, dass das von den Schwächeren Begehrte, etwa Krankenversorgung und Altersfürsorge, möglichst vergeudungsfrei hergestellt und zugänglich gemacht wird.

Wo auch immer Politiker meinten, Sozialem statt durch offene „Abgaben“ und offene „Direkt-Beihilfen an die Bedürftigen selbst“, durch Eingriffe in das Preisgefüge oder Produzentensubventionen zum Zuge verhelfen zu können, hat regelmäßig Wohlgemeintes zum Nachteil der Bedachten ausgeschlagen, hatte also das Wohlgemeinte einen Bumerang-Effekt.

Vom Preisstopp zugunsten der Nachfrager bestimmter Güter weiß das praktisch jedermann: Ein Preisstopp hat bisher immer die Anbieter veranlasst, ihre Ressourcen bis an

und über die Grenzen des gesetzlich Erlaubten bevorzugt für anderes einzusetzen, und so den Mangel verschärft und die Lage der Nachfrager verschlechtert.

Verstöße gegen das Zuordnungsprinzip

Die Nachkriegszeit ist voll von sozialen Maßnahmen mit Bumerang-Effekt. Da hat man in der Wohnungsnot der ersten Friedensjahre gemeint, den Mietern und Wohnungssuchenden auf dem Wege helfen zu sollen, dass man die Mieten auf tiefem Niveau behördlich fixiert ließ. Man sieht: punktualistische Symptomtherapie. Prompt wurden die räumlich besten Lagen von Nachfragern in Beschlag genommen, denen im Wettbewerb um knappe Räume und Grundstücke die Waffe des höheren Preisgebots nicht aus der Hand gewunden war. Das waren die Nachfrager nach gewerblicher Nutzung. Während von Nahrungs-, Bekleidungs-, Kraftfahrzeugversorgungslücken dank freier Preise seit 1950 nicht mehr die Rede war, wurde die Wohnungslücke dank Symptomtherapie immer gravierender.

Dann meinte man, diesem Missstand auf dem Wege abhelfen zu sollen, dass man statt den eigentlich hilfsbedürftigen Mietern den Bau-trägern Subventionen zukommen ließ – das erste Modell waren die Preiseingriffe, jetzt kamen die Produzentensubventionen – und ihnen gleichzeitig den Verzicht auf Marktmieten auferlegte. Man reagierte also wieder mit punktualistischer Symptomtherapie. Die Folge: Subventionshyänen auf der einen, lange Reihen wenig verbrauchergerechter Wohnungen auf der anderen Seite. Das war wieder eine prompte Quitting auf den Verstoß gegen die klare

Funktionsteilung zwischen dem System der Preise und dem des interpersonellen Finanzausgleichs.

Fundamentalkorrektur statt Symptomtherapie

Die Geschichte der Fehlentwicklungen in der Nachkriegswirtschaft ist die Geschichte gravierender Verstöße gegen das fundamentale Zuordnungsprinzip einer wirklich Sozialen Marktwirtschaft: Praktisch alle Fehlentwicklungen beruhen darauf, dass man glaubte, Sozialem statt durch die Fundamental-Korrektur durch punktualistische Eingriffe in das Preisgefüge oder Produzentensubventionen zum Zuge verhelfen zu sollen.

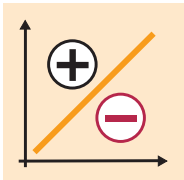
Trotz dreißig Jahren Marktwirtschaft ist der Standort des Sozialen immer noch zu wenig präzise definiert. Hier heißt die gebotene Fundamental-Korrektur im Sinne einer konsequenten Ordnungspolitik: Weg mit allen Versuchen, Sozialem durch Sonderpreise oder Sonderlöhne für Bedürftige Rechnung tragen zu wollen. Weg mit den Versuchen, dem Sozialen durch Subventionen an Produzenten Rechnung tragen zu wollen. Beides schadet mehr, als es nützt. Hin mit den sozialen Ausgleichsausgaben dort, wo sie hingehören: in das System des interpersonellen Finanzausgleichs. Hier, im Umbau der Systeme des sozialen Ausgleichs, liegt die Hauptaufgabe unserer Ordnungspolitik zur Sicherung der Sozialen Marktwirtschaft. ■

Auszug aus: Wolfgang Stützel, Sicherung der Sozialen Marktwirtschaft durch eine konsequente Ordnungspolitik, in: Ludwig-Erhard-Stiftung, Fundamentalkorrektur statt Symptomtherapie, Stuttgart 1978. Die Zwischenüberschriften wurden nachträglich eingefügt.



„Deutschland besitzt ein Erfolgsmodell für eine langfristig ökonomisch und sozial nachhaltige Entwicklung: das Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Dazu gehört beides: innovative, wettbewerbsfähige Unternehmen mit Unternehmerinnen und Unternehmern, die zu einer höheren Investitionsquote beitragen, und gute Löhne, die der Inflation und der Produktivität Rechnung tragen.“

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie

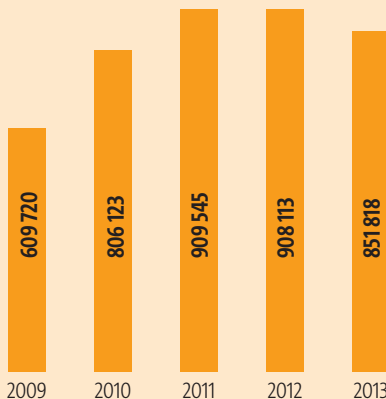


INDEX – Die Soziale Marktwirtschaft im März 2014

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Eigenverantwortung und Geldwertstabilität.

Arbeitnehmerüberlassung

Bestand Leiharbeiter, jeweils Juni



Quelle: Bundestags-Drucksache 18/573 und 18/673

Vollbeschäftigung

Laut Unterrichtung der Bundesregierung (Drucksache 18/673) sind seit 2009 sowohl die Zahl der Verleihfirmen als auch die Anzahl der verliehenen Mitarbeiter gestiegen. Im ersten Halbjahr 2013 wurden bundesweit rund 18 000 Verleihbetriebe registriert. Zu Beginn des vorangegangenen Berichtszeitraums (Juni 2009) waren es 15 250 Betriebe. Das entspricht einem Anstieg um rund 19 Prozent.

Im ersten Halbjahr 2013 waren insgesamt 11 117 Unternehmen ausschließlich oder überwiegend als Verleiher aktiv. Vor fünf Jahren waren es 9 745. Auch wenn gilt, Leiharbeit ist besser als gar keine Arbeit: Die Ausweitung der Leiharbeit hat Konsequenzen für den Einzelnen und beeinflusst die Lohnstruktur – siehe die nachfolgende Rubrik „Geldwertstabilität“.

Eigenverantwortung

Seit der letzten Agrarstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2010 haben rund 15 000 landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben. Damit gab es 2013 fünf Prozent weniger Betriebe als zuletzt erhoben. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche hat sich dagegen kaum verändert. Die verbliebenen 285 000 Betriebe bewirtschaften nun durchschnittlich 59 statt bisher 56 Hektar Land.

Auch die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ist in den letzten drei Jahren um sechs Prozent auf rund eine Million gesunken. Knapp die Hälfte der Arbeitskräfte (506 000 Personen) waren mitarbeitende Familienangehörige, hinzu kamen 201 000 ständig Beschäftigte und 314 000 Saisonarbeitskräfte. Weniger Arbeitskräfte und größere Betriebsstrukturen – die Landwirte bleiben weiter unter Druck. Immerhin: Während konventionelle Landwirtschaftsbetriebe aufgaben, wuchs die Zahl ökologisch wirtschaftender Betriebe um neun Prozent auf nunmehr rund 18 000.

Landwirtschaft 2013

vorläufige Daten der Agrarstrukturerhebung

Betriebe	285 000
Arbeitskräfte	1,0 Millionen
Genutzte Fläche	16,7 Millionen ha
Rinder	12,7 Millionen
Schweine	28,0 Millionen
Eier	10,6 Milliarden

Quelle: Statistisches Bundesamt

Löhne und Preise

Veränderung zum Vorjahr in Prozent	Nominallohn		Reallohn
	Preise	Reallohn	
2008	3,1	2,6	0,5
2009	0,1	0,3	-0,2
2010	2,7	1,1	1,5
2011	3,3	2,1	1,2
2012	2,5	2,0	0,5
2013	1,3	1,5	-0,2

Quelle: Statistisches Bundesamt

Geldwertstabilität

Die Nominallöhne legten dem Statistischen Bundesamt zufolge im Jahr 2013 um 1,3 Prozent im Vergleich zu 2012 zu. Die Verbraucherpreise erhöhten sich im selben Zeitraum um 1,5 Prozent. Damit sanken die Reallöhne im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Prozent.

Das Statistische Bundesamt nennt einen Grund: Erfolgsabhängige Sonderzahlungen – zum Beispiel Weihnachtsgeld – seien 2013 von den Unternehmen zurückgefahren worden. Klammert man diese Zahlungen aus, zeigen die realen Monatsverdienste immerhin ein Plus von 0,2 Prozent. Wie auch immer: Der schwache Trend bei den Reallohn-Zuwächsen in Deutschland hält an.

Mitte Januar hatte Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, in seinem Jahreswirtschaftsbericht ein Bild der deutschen Wirtschaft gezeichnet, das auf kräftige Binnennachfrage und produktivitätsorientierte Löhne setzt. Sinkende Reallohn stehen dazu im Widerspruch.

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johannerstraße 8 · 53113 Bonn · Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture alliance / Eventpress · Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen · erscheint monatlich
 www.ludwig-erhard-stiftung.de · E-Mail info@ludwig-erhard-stiftung.de